

Standortbestimmung

GT 7.

DISKUSSION Bürgermeisterkandidaten positionieren sich zum Thema Windkraft / Große Differenzen gibt es

BIEBERGEMÜND (cw). „Ist Biebergemünd noch vor der Windkraft zu retten?“ Unter diesem provokanten Motto lud die Bürgerinitiative „Windkraft im Spessart – Im Einklang mit Mensch und Natur“ (BI) die drei Biebergemünder Bürgermeisterkandidaten zu einer Diskussion ein. Es sollte eine Standortbestimmung der drei Bewerber zum Thema Windkraft werden, doch allzu groß fielen die Unterschiede bei den Stellungnahmen nicht aus.

Wohl gut 130 Interessierte hatte es trotz tropischer Temperaturen ins Roßbacher Dorfgemeinschaftshaus gezogen, um die Positionen von Amtsinhaber Manfred Weber (parteilos), Michael Kunkel (CDU) und Thomas Jackel (SPD) zum Dauerbrennerthema zu hören. Doch zunächst war es an den Moderatoren Dr. Berthold Andres und Rolf Zimmermann, in das Thema einzuführen, indem sie noch einmal die Standpunkte der BI darstellten. Dabei kam es gleich schon zu einem ersten Zwischenfall, als Andres aus dem Zuschauerraum der Lüge und Verunsicherung der Bürger bezichtigt wurde. Der BI-Mann hatte nämlich erklärt, der von der Gemeinde ausgearbeitete Flächennutzungsplan (FNP) zur Ausweisung von Windvorranggebieten sei vom Regierungspräsidium Darmstadt abgelehnt worden. Und tatsächlich musste Andres nach Erklärungen von Manfred Weber einräumen, dass er eine falsche Wortwahl verwendet habe, da er Kritik und Anregungen des RP zum FNP-Entwurf als Ablehnung interpretiert habe. Er habe sich, wie er sagte auf Gespräche mit RP-Mitarbeitern bezogen. Auch beim Thema Veränderungssperre widersprach Weber Andres. Dieser hatte zuvor behauptet, wenn die Sperre auslaufe, bevor der FNP beschlossen sei, könnten ungehindert Anlagen nach Baugesetzbuch und ohne Beteiligung der Bürger errichtet werden. „Solange wir aktiv planen, und das tun wir, bleibt die Sperre bestehen. Da wird nichts gebaut“, betonte Weber.

Im Folgenden hatten die drei Kandida-



Thomas Jackel, Michael Kunkel und Manfred Weber (von links) liegen bei ihren Ansichten zum Thema münd nicht allzu weit auseinander.

ten dann Gelegenheit, ihren Standpunkt zum Thema Windkraft in Biebergemünd darzulegen. Und diese fielen, mal mehr mal weniger ausführlich, doch recht ähnlich aus. So machten Jackel, Kunkel und Weber keinen Hehl daraus, dass ein windkraftfreies Biebergemünd die angenehmere Alternative für sie wäre. Ebenso klar sprachen sie sich aber auch für eine Abkehr von Atomkraft und fossilen Energieträgern aus. In der weiteren Begründung offenbarte sich hier allerdings ein erster Unterschied zwischen Weber und Kunkel auf der einen und Jackel auf der anderen Seite. Denn während die ersten beiden in ihrer Argumentation den Ausbau regenerativer Energien, also auch der Windkraft, als unvermeidlich ansahen, war sich Jackel da nicht so sicher. „Mir fehlt hier eine klare Analyse, die einen Ausbau der Windkraft als Notwendigkeit für die Energiewende bestätigt. Solange die nicht vorliegt, kann ich mich nicht gu-

ten Gewissens dafür aussprechen“, so der SPD-Mann. Für ihn sei dieses Thema nur überregional, vielleicht sogar nur europaweit lösbar, doch hier fehle es klar an Willen und Struktur.

Einig waren sich alle drei Kandidaten wiederum darin, dass Gemeinde und Parlament mit der FNP-Änderung und der Gründung der Kommission für Erneuerbare Energien Biebergemünd (KEEB) den richtigen Weg beschritten hätten. Auf diesem Wege habe die Gemeinde untermauert, dass mehr als 98 Prozent der kommunalen Fläche als Windvorrangflächen ungeeignet seien, so Weber. Viel weniger Fläche als sie der Regionalplan Südhessen vorsehe. Kunkel sprach von einer „vorbildlichen Informationsarbeit“, die die KEEB geleistet habe. Und für Jackel ist die FNP-Änderung das Instrument, das der Gemeinde selbst im Falle einer Ablehnung den Weg zur Klage eröffne. Er, so Jackel, wolle zudem selbst bestimmen, was als geeignete Vorrang-

begehren gebe und im Fall einer Ablehnung gedächten, wollte das Parlament hat ja mit dem Bürgerwillen aufzukommen. Eine Bürgerbefragung im Falle einer Ablehnung Ausdruck des Prozess sein die rund 20 Prozent der Bevölkerung bilden genug. Bürgerbefragung würde er sich anschauen und bei einer aussichtigen Klage sich auch Weber an-

Vor der Ansicht der FNP mit 1,75 Prozent der Fläche ausgewiesen auch gar keine Vorschläge machen können, was auch Jackel. Die dende Vorwand für abzulehnen. Denn einer Fläche Windkraft sei, diese aber nicht sich die Kommune verantwortung schuldig.

Alle drei bedauern interkommunale mündlicher Gespräche mit den umliegenden Kommunen an Interessen der Gemeinden gescheitert seien, die aus Geld setzen. Und wenn stehen, dann wird schwärz ausbreiten. Übereinstimmung



Gut 130 Bürger verfolgen die Positionierung des Kandidaten zum Thema Windkraft in der Gemeinde.

GT
7.8.15